

Zur Funktion neurechter Freund-Feindbilder in Geschichte und Gegenwart der Bundesrepublik

von Wolfgang Gessenharter

(Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung an der Universität Hamburg
„Der Krieg in der Nachkriegszeit“
am 12.5.99)

erschienen in: Greven, Michael Th./von Wrochem, Oliver (Hrsg.): Der Krieg in der Nachkriegszeit, Opladen: Leske+Budrich 2000, S.197-211

1. Zwei alternative Gesellschafts- und Politikmodelle

Warum Gesellschaften zusammenhalten bzw. warum sie auseinanderbrechen, ist eine uralte Frage, die uns auch bis in die jüngste Zeit hinein verfolgt und sicher noch weiter beschäftigen wird. Zwei Antworten standen sich bis Mitte dieses Jahrhunderts scharf gegenüber; seit dem Ende des 2. Weltkriegs ist ihre Auseinandersetzung etwas weniger radikal. Die eine, die pluralistisch-demokratische Antwort, geht, kurz gesagt, davon aus, daß infolge der Unterschiedlichkeit der Menschen und der Knappheit der Güter Dissens und Konflikte nichts ungewöhnliches sind, daß die Inszenierung eines „unblutigen Dauerstreits der demokratischen Öffentlichkeit“ (Dubiel, S. 439) aber den hinreichenden Zusammenhalt moderner Gesellschaften über jenen vorgängigen Konsens herstellen kann, der für die Engländer in unnachahmlicher Kürze heißt: We agree to disagree. Die andere Antwort, nämlich eines der radikalsten Gegenmodelle zu diesem bereits bei der aristotelischen Polis anknüpfenden pluralistisch-demokratischen Modell, wird häufig als Freund-Feind-Modell von Politik bezeichnet und mit dem deutschen Staatslehrer Carl Schmitt (1888-1985) in Verbindung gebracht. Ende der 20er Jahre nämlich hatte dieser seine sofort Berühmtheit erlangende Schrift „Der Begriff des Politischen“ verfaßt, die nicht nur von Ernst Jünger in einem Brief an den Autor enthusiastisch gewürdigt wurde. Schmitt nimmt Gedanken auf, die u.a. auf Thomas Hobbes zurückgehen, in der Weimarer Republik in der rechten politischen Szene gepflegt wurden und insofern auch in die NS-Ideologie einströmten. Nach der Niederlage des Faschismus schien dieses Modell theoretisch wie praktisch endgültig widerlegt zu sein. Doch diese Hoffnung erwies sich als irrig. Ich will im folgenden nach einer kurzen Darstellung der zentralen Inhalte dieses Modells zeigen, wie es sich im Verlauf der bundesrepublikanischen Geschichte am Leben erhielt, sich dabei in verschiedene Versionen diversifizierte und weiterentwickelte und ganz und gar nicht ohne Einfluß auf die politischen Deutungsmuster und auf die praktische Politik blieb. Angesichts der begrenzten Zeit eines Vortrags ist Beschränkung bei der Auswahl und der inhaltlichen Differenzierung natürlich unumgänglich.

2. Das Freund-Feind-Modell Carl Schmitts

Carl Schmitts Hauptanliegen war, in einer immer stärker pluralisierten Welt effiziente politische Entscheidungseinheiten sicherzustellen. Nicht Diskussion, Sicherung von Freiheitsrechten oder Kompromiß hätten in der Politik Vorrang, sondern das Prinzip der Einheitlichkeit, der Homogenität. Daher sei die Unterscheidung von „Freund und Feind“ „die spezifische politische Unterscheidung“. Schmitt argumentiert ausschließlich vom Kollektiv und vom Ernstfall her. Folgerichtig sind autoritär hergestellte Homogenität nach innen und effiziente Kampfbereitschaft nach außen die Voraussetzungen für ein politikfähiges Kollektiv.

Pluralismus ist nach Schmitt nur zwischen Kollektiven vorhanden: „Die politische Welt ist ein Pluriversum, kein Universum“ (Schmitt, S. 54). Damit beseitigt Schmitt die Vorstellung von *einer* „Menschheit“, immerhin notwendiger Bezugspunkt für eine Orientierung an universal geltenden Menschenrechten. Das Verhältnis des Individuums zum Staat ist daher auch nicht das des Menschen, dessen Würde unantastbar ist und die der Staat zu achten und zu schützen verpflichtet ist (Art. 1GG); vielmehr gilt ausschließlich der „durch die menschliche Natur wie durch göttliches Recht“ geforderte „ewige Zusammenhang von Schutz und Gehorsam“: „Protego, ergo obligo“ (S. 53).¹ Wer diese Zusammenhänge bestreite, vergehe sich an seinem Volk, weil er es in Illusionen und damit zwangsläufig in den Untergang führe. Denn ein politikunfähiges Volk setze mitnichten das Freund-Feind-Prinzip von Politik außer Kraft, sondern verschwinde einfach von der politischen Bühne. Menschen in Zeiten von Frieden und Wohlstand übersähen jedoch häufig jene fundamentalen, gleichwohl unangenehmen Wahrheiten. Diese hier nur ganz kurz zusammengefaßten Gedanken Carl Schmitts gehören auch heute noch zum intellektuellen Kernbestand des rechten Lagers, dem ich mich nun zuwenden will.

3. Die „alte“ Rechte in der Bundesrepublik

Es gibt in der empirisch orientierten Rechtsextremismus-Forschung heute die überwiegend geteilte These, daß mit dem Ende der 60er Jahre eine deutliche Zäsur im rechten Lager eintritt. War der Rechtsextremismus zu Beginn der Bundesrepublik noch ganz stark durch ein Wiederaufleben von NS-Gedanken geprägt, so ergab sich infolge des 1952 ausgesprochenen Verbots der rechtsextremen Sozialistischen Reichspartei seither ein beständiger Druck auf den Rechtsaußen-Bereich, der bei großen Teilen davon eine Anpassung an das nationale und konservative Spektrum nahelegte. Rassismus, Antisemitismus und autoritärer Führerglaube wichen immer stärker einer Haltung, die sich in der Kritik am „überzogenen“ Pluralismus, an der Westbindung, aber auch in scharfem Antikommunismus mit den nationalkonservativen Kräften einig wußte. Zentraler Bezugspunkt aber blieb für das rechte Lager die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit, die man allerdings nicht aus der Position des Schuldigen, sondern des Opfers in Gestalt des legalen Führerbefehlen gehorchenden, für verbrecherische Ziele mißbrauchten Untertanen führte. Vor allem um die 1964 gegründete NPD scharten sich zum einen jene Leute, die zwar nach wie vor ein autoritäres, nur deutschen Interessen verpflichtetes starkes Deutschland wünschten, jedoch bereit waren, dafür den verfassungsmäßigen parlamentarischen Weg zu gehen. Andere versuchten, über ihre aus der NS-Zeit vorhandenen Seilschaften Einfluß auf die politische Elite zu gewinnen, oft nicht zuletzt mit dem Ziel, die eigene Karriere in den neuen Verhältnissen zu fördern. Wieweit bei diesen Menschen eine Politik-, Staats- und Gesellschaftsvorstellung weiterwirkte, wie sie in Carl Schmitts Denken nur am konsequentesten zusammengefaßt ist, soll ein kurzer Blick auf den SS-Obergruppenführer und Gestapo-Organisator Werner Best zeigen. Ulrich Herbert hat in seiner hervorragenden Best-Biographie auch die ideologischen Versatzstücke herausgearbeitet und analysiert, die Menschen wie Best ein Leben lang leiteten und bis zu seinem Tode 1989 im Glauben beließen, „doch recht behalten zu haben“ (zit. in Best, S. 538).

Werner Best schrieb, ganz wie wir es von Carl Schmitt kennen: „Weder das Volk noch der Einzelmensch ist Zweck und ‚Sinn‘ der Politik, sondern allein die Abwehr von Not und Gefahr. Was hierfür dienlich ist, ist politisch richtig.“ (zit. a.a.O., S. 479) Den in diesen Kreisen sogenannten „heroischen Realismus“, nämlich aus der Einsicht in die Naturgesetzmäßigkeiten und aus deren Vollzug heraus sowie im Interesse der Lebenserhaltung des eigenen Volkes dennoch den zu „achten, den wir bekämpfen, vielleicht vernichten müssen“, also den „Kampf nicht mehr in Emotion und Leidenschaft, sondern als ‚sachliche

¹ Zu Carl Schmitt vgl. weiterführend auch Gessenharter 1994, S. 63-113

Arbeit“ zu führen (zit. a.a.O., S. 94f), diesen „heroischen Realismus“ also formulierte Best zu Beginn der 50er Jahre zu einer „Philosophie des Dennoch“ um: Im klaren Bewußtsein, daß dieser Kampf des „in ein sinnloses Dasein geschleuderten Menschen“ „hoffnungslos bleiben muß, ihn dennoch zu kämpfen bis zum unentrinnbaren Unterliegen, das ist Größe und Würde!“ (zit. a.a.O., S. 480) Armin Mohler, der Sekretär Ernst Jüngers, schrieb 1953 an Best: „Mich hat diese philosophische Grundlegung des ‚heroischen Realismus‘ (denn darum handelt es sich ja!) nicht weniger gefesselt als Jünger und ich bin wie er der Meinung, daß es Ihnen in diesem Manuskript gelungen ist, in strenger Begriffssprache auszudrücken, was heute instinktiv politische Überzeugung so vieler ist.“ (zit. a.a.O., S. 481) Da es jenseits der Interessen und Werte des je eigenen Volkes in diesem Modell keine weiteren, grundlegenden Normen gibt, kann Best auch keine individuelle Schuld für sich aus seiner Verstrickung in die NS-Verbrechen sehen. Von jenen plebejischen NS-Schergen jedoch, die aus Emotion, Rachsucht und Gemeinheit Untaten begangen hätten, distanziert er sich nachdrücklich. Diese sozusagen „klinische“ Sicht des Feindes mag mit dazu beigetragen haben (neben gesundheitlichen Gründen), daß Best nach seiner Auslieferung nach Deutschland durch Dänemark, wo er zuerst zum Tode, dann jedoch zu Gefängnisstrafe verurteilt worden war, nicht mehr vor Gericht gestellt wurde. Best wurde in seiner Verteidigungsstrategie, wie viele andere seiner Genossen auch, nicht müde, auf den neuen Feind zu verweisen, dem man sich jetzt im Blick nach vorn doch vorrangig stellen müsse: Die Sowjetunion bedrohe den Westen und insbesondere Deutschland, weil sie die Wiedervereinigung verhindere und im Westen durch „fünfte Kolonnen“ Fuß fasse, die die innere Ordnung der Bundesrepublik in Chaos zu stürzen versuche. Diese Sicht entsprach durchaus gängiger Meinung. Und sie paßte vor allem zu der gerade in konservativen Kreisen grassierenden Verunsicherung, die man angesichts eines vermeintlich wildwuchernden Pluralismus und einer ersten ökonomischen Krise in sich hochkommen sah. Würde die Bundesrepublik diese Krisen meistern?

Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang beispielhaft an die Ideen Rüdiger Altmanns von einer „Formierten Gesellschaft“, die von Bundeskanzler Ludwig Erhard sogar zur Würde einer Regierungserklärung 1965 erhoben wurden. Einige Jahre später, zum 90. Geburtstag Carl Schmitts 1978, sprach Altmann in der FAZ von dessen Politikbegriff zustimmend als „einer alten Erfahrung“, die durch ihn „neu aufgelegt für dieses Jahrhundert“ sei (zit. in Saage, S. 91). Erhard und Altmann in einem Zuge mit Schmitt zu nennen, heißt nicht, den beiden ein grundgesetzwidriges Politikmodell zu unterstellen. Vielmehr kann Altmann als ein Vertreter jener Richtung bezeichnet werden, für die Carl Schmitt zu den Vätern des Grundgesetzes gehöre, weil hauptsächlich auf ihn das Konzept der „streitbaren Demokratie“ zurückginge. Innerhalb dieses Konzeptes spielt bekanntlich der „Verfassungsfeind“ spätestens seit dem Extremistenbeschluß vom Januar 1972 eine zentrale, wenngleich von kritisch-liberaler Seite durchaus problematisierte Rolle².

4. Zum Freund-Feind-Denken der Neuen intellektuellen Rechte in der Bundesrepublik

4.1. Die zentralen Merkmale der Neuen intellektuellen Rechte

Mit der Gründung der NPD im November 1964 beginnt, so können wir heute sagen, das Ende der „alten“ Rechten. Sie zerbricht nicht nur an inneren Streitigkeiten alter Funktionäre nach dem knapp verpaßten Einzug in den Bundestag 1969, sondern wird vor allem von jungen „neuen“ Rechten in den Hintergrund gedrängt. Mit dem zunehmenden Wertewandel und mit dem Aufkommen einer „Neuen Politik“, vorgetragen insbesondere von Bürgerinitiativen,

² vgl. bes. Jaschke 1991; zur Gegenposition neuestens Jesse.

Neuen Sozialen Bewegungen und alternativen Gruppen, formieren sich die jungen und intellektuellen Teile des rechten Lagers diametral gegenüber diesen neuen Kräften, die sie in Bausch und Bogen als „Neue Linke“ apostrophieren. Das im linksextremen Bereich durchaus ebenfalls vorhandene Freund-Feind-Denken, das sich dort in der These vom Antagonismus von Kapital und Arbeit gründet, wird dabei der gesamten alternativen Bewegung unterschoben.

In Übernahme ihrer damaligen Selbstbezeichnung werden diese jungen Rechten auch heute noch als „Neue Rechte“³ bezeichnet. In verschiedenen Publikationen ist zu Recht darauf aufmerksam gemacht worden, daß sich hinter dieser Selbstbezeichnung vor allem in den 70er Jahren ein buntes Gewimmel verschiedener Richtungen und Strömungen findet, die durchaus in Konkurrenz zueinander stehen konnten.⁴ Wenn ich mich im folgenden mehr der „konservativ-revolutionären“ und nicht der „nationalrevolutionären“ oder der „wertkonservativen-ökologischen“ Neuen Rechten (Schönekas, S. 253ff) zuwende, dann deshalb, weil erstere nach meiner Einschätzung bis heute den vergleichsweise größten Einfluß auf den deutschen Konservatismus erzielen konnte. Diese Richtung ist in Zusammenfassung und Erweiterung des bisher Gesagten vor allem charakterisiert durch folgende sechs Punkte:

- als Sammlung junger, fast ausschließlich männlicher intellektueller Konservativer;
- durch ihre bewußte Abgrenzung von der bisherigen „alten“ Rechten, die vor allem aus biographisch in die Verbrechen der NS-Zeit verstrickten ehemaligen NS-Kader besteht;
- durch ihre Orientierung an der These vom zeitlichen Vorrang der kulturellen Hegemonie vor der politischen Hegemonie, d.h. die Besetzung der Begriffe, der Wirklichkeitsbilder, kommt vor der Besetzung der Führungspositionen in Politik und Gesellschaft („rechter Gramscismus“);
- durch die Forderung nach einem hierarchisch-autoritären Staatsverständnis, weil nur ein am „harten Sparta“ und nicht am „verweichlichten Athen“ orientierter Staat für seine Bürger Überlebenschancen bieten kann;
- einer oftmals bewußt unprovokativ geführten Argumentation, um möglichst Eingang in den gesellschaftsfähigen konservativen politischen Diskurs zu erhalten („politische Mimikry“); und besonders für unser Thema bedeutsam:
- durch ihre intensive Orientierung an Carl Schmitts politischem Weltbild, bestehend aus der Freund-Feind-Dichotomie, aus der Forderung nach gesellschaftlich-politischer Homogenität in grundsätzlicher Ablehnung eines innergesellschaftlichen Pluralismus, aus der Ablehnung der Vorstellung von „einer Menschheit“ zugunsten einer in ständigem Kampf miteinander existierenden Menge von Kollektiven, dem „Pluriversum“.

4.2. Haupttendenzen der Neuen intellektuellen Rechte bis zur deutschen Vereinigung

In den 70er Jahren – und gegenüber den meisten „alten Rechten“ – waren die erklärten Hauptfeinde der Neuen Rechten „Marxismus“ und „Liberalismus“, verkörpert durch die beiden „feindlichen Brüder“ Sowjetunion und USA, die zwar machtpolitisch verfeindet waren, aber ideenpolitisch als Erben der universalistischen Ideen der französischen Revolution gesehen wurden: Beide Großmächte negierten die natürliche Eigenständigkeit der verschiedenen Völker, indem sie sie durch nackte Gewalt und/oder Verführung zum westlichen Konsum-Lebensmodell bzw. östlichen kommunistischen Paradiesmodell ihrer Identität und Existenz beraubten. Ob nun die Variante einer kommunistischen oder einer Weltordnung à la „american way of life“ später obsiegen werde, für jede gelte der Satz von Carl Schmitt: „Wer Menschheit sagt, will betrügen.“ (Schmitt, S. 55) Sie wolle nämlich das

³ Zur Terminologie „Neue Rechte“ und „Neue intellektuelle Rechte“ vgl. Gessenharter 1998.

⁴ Vgl. bes. Schönekas; Feit; Gessenharter/Fröchling.

Pluriversum der – nach dem Gesetz der Natur – um ihre Existenz kämpfenden menschlichen Kollektive unter ihre eigene Knute zwingen. Für die Bundesrepublik bedeute dies nicht brutaler militärischer Zwang wie für die DDR, sondern Verführung zu einem oberflächlichen, materialistischen Lebensstil, der, verbunden mit der „Umerziehung“ zu universalistischen Werten wie Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Deutschlands Lebensfähigkeit immer mehr stranguliere. Der neurechte Politikprofessor Bernard Willms hat dies – gewohnt scharf – so formuliert: „Wer aber ‚den Frieden‘ mehr liebt als seine Nation und ihre Freiheit, ist nur ein blökendes Schaf. Wer ‚den Menschen‘ mehr liebt, ist schon ein leibhaftiger Schwachkopf, und wer ‚die Demokratie‘ oder ‚den Sozialismus‘ oder ‚die Verfassung‘ mehr liebt als die Idee der Nation, verurteilt sich selbst zum Raketenfutter in der Hand der geballten Nationalismen der Supermächte.“ (Willms, S. 214) Neben dieser bündnis- bzw. außenpolitischen Front sieht Willms aber auch noch eine „innere Front“ und erläutert: „Jeder einzelne Mensch als einzelner stellt eine potentielle Bedrohung der jeweiligen Ordnung dar.“ Gerade in der staatlichen Auseinandersetzung mit dem Terrorismus der 70er Jahre sah nun die Neue intellektuelle Rechte eine große Chance, die Deutschen wieder an die für das kollektive Überleben nötige Feinderklärung zu gewöhnen. Und hier traf sie sich mit manchen Vertretern aus dem konservativen Lager, die im Zuge der Terrorismusbekämpfung den Kreis potentieller und aktueller Feinde des Kollektivs weit über die Terroristen hinaus auszuweiten suchten. So formulierte etwa Rüdiger Altmann: „Der Störer wird ideologisch verdeckt oder in direkter Aktion zum Feind des Systems, das in vielen vitalen Details störungsempfindlich ist. Wer systematisch stört, zerstört das System. So wird der Störer – und dies nicht nur als Terrorist – zum Feind der Ordnung.“ (zit. in Saage, S. 93) Mit Richard Saage (S. 94) läßt sich hier zu Recht auf die Gefahr verweisen, daß in dieser Art Feind-Bestimmung die Funktionslogik moderner hochdifferenzierter Staaten eine verhängnisvolle Union mit einer prämodernen völkischen Ausschließungslogik eingeht: Nicht mehr der demokratische Konsens, orientiert an den Grundwerten der Verfassung, ist Zielpunkt und zugleich Kriterium des politischen Prozesses, sondern eben diesen Prozessen prinzipiell entzogene Maßstäbe, die sich zum einen der „Natur“ menschlicher Kollektive und/oder zum andern den jeweiligen Strukturen ökonomisch-technischer Entwicklung verdanken.

Im Verlaufe der 70er Jahre, im Zuge der wirtschaftlichen Verschlechterung infolge der Ölkrise und nach dem Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer 1973, insbesondere aber durch den Anstieg ausländischer Flüchtlinge, die seit Mitte der 70er Jahre nicht mehr wie bisher in erster Linie aus dem Ostblock, sondern durch die Zunahme von Krisenherden von weltweit her kamen⁵, entwickelten die Neuen Rechten zum bisherigen innen- und außenpolitischen ein weiteres Feindbild. Galten bislang die Gastarbeiter und die Ostblockflüchtlinge als Beweis für die Überlegenheit des westlichen Kapitalismus. so wurde jetzt immer häufiger zum Kampf gegen den „Volkstod“, gegen „Umvolkung“, gegen den Mißbrauch des deutschen Sozialsystems durch Asylanten, insgesamt aber vor allem gegen den Multikulturalismus als Verfall der zum Überleben des deutschen Volks nötigen kulturellen und blutsmäßigen Homogenität aufgerufen. Während in den 70er Jahren diese Diskussionen in verschiedenen Rechtsaußenzirkeln noch wenig in öffentliche Erscheinung traten, entwickelte sich in Publikationen angesehener Verlage und Autoren ein Diskursstrang, der nicht auf Anhieb als eindeutig rechtsextrem (ab)qualifiziert werden konnte. Zu denken ist hier an die von dem in konservativen Kreisen renommierten Gerd-Klaus Kaltenbrunner herausgegebene Reihe „Herder Initiative“ im katholischen Herder-Verlag in Freiburg, an Schriften der von dem ehemaligen Ernst Jünger-Sekretär Armin Mohler gemanagten Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung oder an die von Caspar von Schrenck-Notzing herausgegebene Zeitschrift „Criticón“, in denen neben respektablen konservativen zunehmend

⁵ s. hierzu Münch, S. 63: „Das Verhältnis von europäischen zu nichteuropäischen Flüchtlingen kehrte sich nahezu um.“

auch neurechte Autoren zu Wort kamen.⁶ So gab Kaltenbrunner 1980 in seiner Reihe einen Sammelband heraus, der die zunehmende „Feindunfähigkeit“ der Deutschen beklagte. Titel und Untertitel dieses Bandes drücken in aller Schärfe und Deutlichkeit aus, was nach der Sicht der Neuen Rechten Sache ist: „Illusionen der Brüderlichkeit. Die Notwendigkeit, Feinde zu haben.“ Ganz im Sinne und unter Verweisung auf Schmitt wird vor jenen Illusionisten gewarnt, die glaubten, veritable Feinde in Konkurrenten oder Gegner umdefinieren zu können. Wer zur ständig notwendigen Feinderkennung nicht fähig und bereit sei, setze damit nicht dieses zentrale politische Prinzip außer Kraft, vielmehr verschwinde er nur von der politischen Fläche. Aufgabe konservativer Denker sei es, auf diese – sicherlich unangenehme, aber dennoch unaufhaltsame – Wahrheit aufmerksam zu machen. Andere Publikationen aus demselben Dunstkreis mit den Titeln „Der Ernstfall“ (hrsgg. 1979 von Armin Mohler) oder „Wirklichkeit als Tabu“ (1986 von demselben Herausgeber) zeigen, wie sehr man dem gefährlichen Illusionismus der deutschen Politik und Bevölkerung glaubte zusetzen zu müssen. Gerade in diesen Büchern wird aber auch deutlich, daß es sich hierbei um eine Auseinandersetzung im metapolitischen Bereich, also um die Bilder von Wirklichkeit handelt, die sich auf Dauer in den Köpfen der Menschen ansiedeln bzw. ansiedeln sollen. Und dabei gilt dann für die Neue intellektuelle Rechte, daß sich die Freund-Feind-Dichotomie unabhängig von aller ökonomischen, kulturellen und politischen Entwicklung als unhintergehbare Konstante menschlichen Lebens erweist: Zwar mögen die jeweiligen Feinde durchaus austauschbar sein, einer aber ist immer gegenwärtig und dieser muß umgehend als solcher erkannt, benannt und bekämpft werden, was, wie erwähnt, nur mittels eines autoritär geführten politischen Systems gelingen kann. Wie dieser Kampf aussehen müßte, wird allerdings nur selten so deutlich gesagt wie im folgenden Zitat aus dem Jahre 1980: „Die Feinderklärung (nämlich gegenüber der Sowjetunion, W.G.) ist noch keine Kriegserklärung, schließt aber einen Krieg nicht aus. Deutschland kann unter Umständen ohne Krieg wiederhergestellt werden, aber ganz bestimmt nicht ohne ausdauernde Kriegsbereitschaft und Kriegsfähigkeit.“ (Sander, S. 148)

Während Bücher dieser Denkungsart ohne Probleme in der Öffentlichkeit erscheinen konnten, sorgte jedoch das sog. Heidelberger Manifests 1982 erstmals für großen öffentlichen Wirbel. Unterzeichnet von elf Professoren⁷, die u.a. auch dem konservativen „Bund Freiheit der Wissenschaft“ nahestanden, schlug es nicht nur jenen Ton an, der später in der deutschen Asyldebatte gegen Ausländer ständig zu hören sein sollte, sondern enthielt auch deutliche rassistische Formulierungen. Ein neues Feindbild war von prominenter Seite in die Öffentlichkeit lanciert worden. Damit begann auch jene Debatte, die man als „Ethnisierung sozialer Konflikte“ bezeichnen kann (Jaschke 1994, S. 177ff) und im Verlauf derer von Rechtsaußen bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein eine weit überproportionale Ausländerkriminalität behauptet wird, obwohl alle empirischen Belege dagegen sprechen – und zwar noch, denn es ist nicht auszuschließen, daß Feindbilddenken hier jenen sozialen Mechanismus in Gang setzt, der als self-fulfilling prophecy bekannt ist.⁸ Auch wieder bis in die Mitte der Gesellschaft hinein gesellte sich zum Feindbild des auf uns einstürmenden Ausländers eine Wagenburgmentalität, die im Aufbau einer Festung Europa bzw. Festung Deutschland ihr Ziel sah. Neben diesem defensiven martialischen Denken, das offenbar die ganze Aufmerksamkeit beanspruchte, verkümmerten die letzten Reste von Nachdenken darüber, wie Migrationsströme insgesamt vielleicht besser verhindert bzw. vermindert werden könnten. Freund-Feind-Denken scheint immer auch zur bloßen Nabelschau zu verführen.

⁶ vgl. hierzu und zum folgenden Gessenharter 1994, S. 91-145

⁷ und zwar am 17. Juni 1981, jedoch erst nach bestimmten sprachlichen „Reinigungen“ Anfang 1982 als Presseerklärung veröffentlicht; vgl. dazu Schönekäs., S. 329f.

⁸ Vgl. hierzu bes. Geißler; dazu auch Schwind/Geißler

4.3. Haupttendenzen der Neuen intellektuellen Rechte nach der deutschen Vereinigung

Als 1989 der Ostblock sich aufzulösen begann, stand Deutschland plötzlich „wiedervereinigt“ und „von lauter Freunden umzingelt“ da. Konnte man nun auf die Fiktion eines permanenten Freund-Feind-Verhältnisses verzichten, nachdem die wichtigsten politischen Forderungen erfüllt waren? Es dauerte nicht lange, bis eine neue Strategie sichtbar wurde, die auch weiterhin ganz im Zeichen des bisherigen Freund-Feind-Denkens verblieb. Nach dem Ende des das ganze 20. Jahrhundert beherrschenden „Weltbürgerkriegs“ käme es nun für die Deutschen darauf an, erhobenen Hauptes in die „Geschichte“ zurückzukehren und sich selbstbewußt jener Umerziehungs-Zumutung zu erwehren, die man während der bipolaren Zeit habe über sich ergehen lassen müssen. Um endlich aus dem Schatten Hitlers treten zu können, versuchte man, die zwölf Jahre Hitler-Barbarei nicht mehr als den grausigen Höhepunkt des vergehenden Jahrhunderts gelten zu lassen. Der Historiker Ernst Nolte oder der neurechte Ideologe Karlheinz Weißmann, um nur einige zu nennen, setzten neue Koordinaten für das 20. Jahrhundert: Nicht 1933 oder 1939 seien die für Deutschland zentralen Jahre, sondern 1945: „Das Jahr 1945 bezeichnet den tiefsten Einschnitt in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts.“ (Weißmann 1992, S. 22) Später relativiert Weißmann sogar noch diese Aussage, um, wie schon in den 80er Jahren der konservative Journalist Ludolf Herrmann, die Studentenrevolution 1968 als eine noch „tiefere intellektuelle Zäsur in Westdeutschland als der Zusammenbruch 1945“ darzustellen⁹. Denn hier habe eine „Fundamentalliberalisierung“ stattgefunden, „deren Wirkung kaum zu überschätzen ist.“ (Weißmann 1992, S. 45) Der heutige Springer-Journalist Ansgar Graw (S. 22) verwies daher in seiner Besprechung von Weißmanns Buch konsequent auf ein weiteres Datum: „1989 hat 1789 widerlegt, das utopische Zeitalter ist zu Ende, die Groß-Abstraktionen... sind zerbröselte.“ Hier drückt sich der ganze Frust über die ausgebliebene „geistig-moralische Wende“ aus, die Helmut Kohl zu Beginn seiner Kanzlerschaft versprochen hatte, die aber nach Meinung der Neuen Rechten überhaupt nicht eingetreten war. Heimo Schwilk, ‚Welt am Sonntag‘-Journalist und einer, der die weiche Neue intellektuelle Rechte wie kaum ein anderer verkörpert, folgerte aus Weißmanns Gedanken als „Grundeinsichten und politischen Handlungsmaximen“: „Vor allem eine schnelle Abkehr von Kohls Europa-Politik, ein realistischeres, entdämonisiertes Verhältnis zu Staatlichkeit und Macht, das heißt eine selbstbewußte, der multipolaren Welt verpflichtete Politik, die den Einsatz ihrer Armee nicht an Großorganisationen wie die UNO delegiert, sondern an ihre nationalen Interessen bindet.“ (Schwilk 1993) In diesen Zitaten kommt bereits das gesamte Credo in den Blickpunkt, das in der Folgezeit bis tief in die etablierten Parteien hinein Wirkung zeigen sollte: Die Asyldebatte bis zum sog. Asylkompromiß 1993 ist dafür ebenso ein Beispiel wie der Versuch, den Deutschen ein Selbstbewußtsein zu geben, das sich eben nicht auf die Qualität und die Akzeptanz der Verfassung, auf die Anstrengungen zur Bewältigung der deutschen und europäischen Einheit bezieht, sondern sich im Kern von einem oder mehreren Feinden her definiert: die Liberalisten oder Pazifisten, die Illusionisten, die Hüter der Political Correctness. Und so würdigt Schwilk sich und die Seinen heute als eine „Solidargemeinschaft der Erkennenden“, „die bestrebt sind, den Verblendungszusammenhang der alten Republik zu durchbrechen.“¹⁰ Schwilk würde zwar die Hüter der PC nicht immer gleich „Feinde“ nennen, aber alle Eigenschaften, mit denen er sie charakterisiert, verraten eindeutig den Schmittschen

⁹ Weißmann 1992, S. 45, wo er sich auf Herrmann, S. 13-28, bezieht. Ludolf Herrmann, damals Chefredakteur von „Capital“ und Redakteur von „Die politische Meinung“, führt seinen Aufsatz auf dem Deckblatt der Zeitschrift mit den Zeilen ein: „Die Rebellion von 1968 hat mehr Werte zerstört als das Dritte Reich. Sie zu bewältigen ist daher wichtiger, als ein weiteres Mal Hitler zu überwinden.“

¹⁰ Schwilk 1996, S. 221; vgl. zu weiteren Beispielen Gessenharter 1998.

„Feind“: Illusionismus, Realitätsverweigerung, den nationalen Interessen abhold, dafür menschenrechtlich und multikulturell orientiert.¹¹

4.4. Die Neue intellektuelle Rechte und der Kosovo-Konflikt

Hatten manche nach dem Zerfall des Ostblocks noch vom „Ende der Geschichte“ (Fukuyama) gesprochen, so wurde von der Neuen intellektuellen Rechte ganz im Gegenteil eine neue Qualität der Geschichte postuliert, in der „der Planet... sich wieder seinem natürlichen Zustand, dem des Pluriversums,“ nähert. Dieses ist, wie von Carl Schmitt behauptet, durch ewige Freund-Feind-Beziehungen charakterisiert und verlangt jeder Nation „Herausforderung und Entscheidung“ ab, die sich nur dann als überlebensfördernd erweisen, wenn sie Ergebnis eines „politischen Verismus“ sind, man sich also „der Realität verpflichtet“ weiß (Weißmann 1994, S. 309). Kriege spielen hierbei eine wesentliche Rolle; sie zeigen die wahre Wirklichkeit der Erde, sie sind der „Ernstfall“ und sie lassen keinen Ausweg mehr zu, sich um diese Realitäten herumzudrücken. Wie wird nun unter diesen Aspekten der Kosovo-Krieg von den Neuen Rechten gesehen? Im folgenden beziehe ich mich nur auf die einschlägige Diskussion während der Bombardierungsphase.

Seit der Bombardierung der Serben durch die NATO Ende März 1999 war für die Neue intellektuelle Rechte – nicht überraschend – die Sichtweise Carl Schmitts offenbar in noch stärkerem Maße als vorher zur Interpretationsfolie für die neue Situation geworden. Weil aber verschiedene Autoren durchaus verschiedene Facetten aus Carl Schmitts Werk hervorheben, finden sich sehr unterschiedliche, z.T. widersprüchliche Deutungen und Schlußfolgerungen. Die neurechte Interpretation des Kosovo-Krieges konzentriert sich dabei am meisten auf folgende Aspekte:

- Die Kategorie des Ernstfalls – der Einbruch der Wirklichkeit
- Nationale Homogenität und eigene Interessen
- Starker Staat – heroische Menschen
- Feinderklärung
- Menschheit/Menschenrechte und die Rolle der USA

Bis in die konservative Zeitung „Die Welt“ hinein scheint der Konsens zu gelten: Die Zeit, da man glauben mochte, der Frieden sei der Ernstfall, ist spätestens jetzt vorbei. Krieg wird wieder zu einer zentralen Kategorie des Politischen; der Ernstfall ist wieder präsent und sichtbar; er ist nicht mehr zu umgehen. Die Wirklichkeit hat uns wieder. In manchen Beiträgen ist bei solchen Sätzen durchaus ein „endlich“ herauszuhören (so etwa bei einem der

¹¹ Besonders aufschlußreich liest sich die Charakterisierung der „Fehlgeleiteten unter...(den) eigenen Landsleuten“ durch den pensionierten Bundeswehr-General und Rechtsaußen Reinhard Uhle-Wettler, S. 18f: „Nachfolgende Ursachen mögen erklären, warum es so weit kommen konnte: 1. Opportunistische Anpassung an den Zeitgeist und Mitläufertum: In der Menge ist man sicher. 2. Unbildung: mangelhafte Geschichtskennntnisse und fehlendes Wissen über das Wesen des modernen Krieges. 3. Wiederholte Ablösung der Führungseliten innerhalb eines Zeitraumes von wenigen Jahrzehnten; realpolitische Unerfahrenheit der neuen politischen Klasse. 4. Politische Naivität: nicht ‚right or wrong – my country!‘, sondern weltverbessernder Moralismus auf Kosten des eigenen Volkes. 5. Ungezügelter Ehrgeiz: immer an der Spitze stehen, der Welt ein Beispiel geben als ‚Gutmensch‘ durch Buße und Selbstbeichtigung. 6. Substanzverlust durch zwei Weltkriege: mangelnder Mut und fehlendes Selbstbewußtsein der Übriggebliebenen und Nachgeborenen. 7. Charakterwäsche durch Umerziehung sowie Medienimperialismus in West und Ost während der zweiten Hälfte des Jahrhunderts.“ Insofern verlangt der Autor z.B., daß der teure Presseapparat der Bundeswehr „nachdrücklich zur Verteidigung der Wehrmacht gegen die... Verleumdungskampagnen, also für Recht und Wahrheit eingesetzt wird. Der Ansatz muß doch sein, zunächst einmal alles zusammenzutragen, was der Verteidigung und Rechtfertigung unserer Vorfahren dient. Erst danach verlangen Wissenschaft und Anstand, auch die dunklen Seiten im Leben früherer Generationen aufzudecken.“

regelmäßigen Kommentatoren der neurechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“, Nr.15/99, S. 1, Klaus Hornung, oder in der „Pankraz“-Kolumne der JF, Nr.14/99, S. 11). Jetzt wird sich zeigen, ob Deutschland bzw. Europa die Kraft hat, auf diese Herausforderung adäquat zu reagieren; denn es werden in Zukunft noch weitere und ernstere Gefahren auf uns warten. Bis in Überschriften wie „Wir lernen den Krieg“ (Die Welt v. 8.4.1999) ist die Ernstfall-Metapher sichtbar: „Jetzt ist der Krieg hier, oder doch beinahe. Jetzt ist es nicht mehr möglich, vom Fernsehsessel oder vom Lautsprecherwagen aus Lordrichter des Weltgewissens zu sein.“ Und wir Deutschen lernen und müssen lernen, was Krieg ist, denn „wir deutschen Friedenskinder verstehen wenig von ihm“. Gegenüber dieser eher stillen (Selbst-)Verständigung steht dagegen Klaus Rainer Röhls, des zum Neuen Rechten mutierten ehemaligen „Konkret“-Herausgebers, lärmende Abrechnung (Welt am Sonntag v. 11.4.1999): „Der deutsche Nationalmasochismus hat ausgespielt. Das Volk der Zerknirschten und Büber ist in die Reihe der Freien Völker getreten, die einst Hitler besiegt hatten, um den Völkermord in Europa zu beenden. Der seit 1945 den Deutschen eingepflanzte Selbsthaß findet keine Anhänger mehr. Deutsche Soldaten, mit Billigung 68er Richter als Mörder beschimpft, bekämpfen die Mörderbanden des serbischen Diktators.“

Während hier noch die Verbundenheit Deutschlands mit den „Freien Völkern“ betont wird, wird bei anderen die eigene Interessenlage der Deutschen unterstrichen. Deutschland muß seine eigenen Interessen definieren (so, ganz auf Carl Schmitt bezogen, Thorsten Thaler in der JF Nr.18/99, S. 11) und darf sich nicht vor den Karren amerikanischer Weltmachtinteressen spannen lassen. Vielmehr sollte Deutschland versuchen, argumentiert der Historiker Höbelt in der „Jungen Freiheit“ (JF Nr. 17/99, S. 2), die Fehler von 1918 und 1945 zu korrigieren und sich jetzt endlich „an den Völkern (in diesem Fall den Albanern) und nicht an den Staaten (wie Jugoslawien)“, die ja multiethnisch seien, orientieren. Dazu bedürfe es im übrigen aber national gesonnener Eliten und nicht einer „Bande von Internationalisten“, wie Alfred Mechttersheimer (in JF Nr. 14/99, S. 2) die Grünen, auf deren Ticket er ehemals im Bundestag saß, nennt. Offenbar deshalb aber, weil sich eine adäquate Realitätserkenntnis noch nicht hinreichend durchgesetzt habe, plädiert Karlheinz Weißmann (JF Nr.15/99, S. 2) für die Zwischenzeit, sich durchaus Amerika, „der sanftesten aller Vormächte zu fügen“. Denn anders verharre Deutschland und Europa in der offenkundigen Entscheidungsunfähigkeit, „an seinen Rändern“ selbst „für Ordnung zu sorgen“.

Durchgängig findet sich des weiteren der Gedanke, daß, um diese nötigen Veränderungen durchsetzen zu können, endlich wieder jener starke Staat gefragt sei, der seinen Bürgern auch die dazu notwendigen Lasten auferlegen könne und sich z.B. nicht entschuldige, wenn er den jungen Männern die Wehrpflicht abverlange, vielmehr von ihnen den Einsatz auch des Lebens erwarte. Ein derartiger Staat mit derart heroischen Männern wäre endlich wieder fähig, eigenständig Politik zu betreiben, d.h. eigenständig die nötige Feinderklärung abzugeben, die allerdings im Falle des Kosovo bisher jedenfalls nicht bei allen Autoren und zwingend die Serben betreffen würde: Während etwa die NPD oder die rechtsextreme Zeitschrift Nation&Europa vehement gegen diesen Krieg sind, weil aus ihrer Sicht deutsche Interessen gar nicht tangiert seien, ist etwa Weißmann, wie erwähnt, für den vorübergehenden Anschluß an die USA. Hier widersprechen sich also die Gedanken der Verteidigung völkischer Homogenität und eines Ethnopluralismus und der im neurechten Denken gängige Antiamerikanismus.

Denn diesem gemäß wird als besonders verhängnisvoll empfunden, daß alle westlichen Verbündeten nach dem Vorbild der USA sich als Hüter der Menschheit aufspielen. Aus dieser ausschließlich moralischen Attitüde heraus spreche man den Serben folgerichtig alle Menschlichkeit ab und spiele sie zu Verbrechern und Unmenschen hoch. Eine politische

Hegung des Konflikts sei dann aber nicht mehr möglich (Karlheinz Weißmann in JF 17/99, S. 18). Alain de Benoist, bekanntester Vordenker der französischen Neuen Rechten, befürchtet in diesem Zusammenhang (in JF 16/99, S. 2) eine für die westlichen Länder bald eintretende Ausweglosigkeit: Bei der im westlichen Lager geübten Verteufelung des Gegners müsse man für sich selbst „die größtmögliche Treue zum Guten, nämlich das Heldentum“ dagegensetzen, was de Benoist aber dem modernen, westlichen Menschen einfach nicht mehr zutraut.

Eine besonders geharnischte Kritik hat sich erwartungsgemäß Jürgen Habermas von Seiten der „Jungen Freiheit“ mit seinen Gedanken eingehandelt, daß unter Prämissen der westlichen Menschenrechtspolitik „der Kosovo-Krieg einen Sprung auf dem Wege des klassischen Völkerrechts der Staaten zum kosmopolitischen Recht einer Weltbürgergesellschaft bedeuten“ könnte (Habermas, S. 1). Der „Kriegsphilosoph“ Habermas, wettet JF-Chefredakteur Dieter Stein (JF 19/99, S. 1) rede hier einer „unipolaren Welt“ das Wort, wo „nur noch die USA via Nato über den Ausnahmezustand entscheiden“. Menschenrechte würden westlich-amerikanischen Interessen gleichgesetzt. Dies bedeute aber „ihre endgültige Pervertierung und Entwertung. Jetzt bewahrheitet sich der Satz: ‚Wer Menschheit sagt, will betrügen‘ (Carl Schmitt)“. Wären erst alle souveränen Nationalstaaten verschwunden, gäbe es nur noch den „totalen Weltstaat“ unter alleiniger Führung der USA mit einem Europa und Deutschland als „Lateinamerika de luxe.“ Diesen Begriff hatte der neurechte Theoretiker Günter Maschke bereits einige Wochen vorher (JF 14/99, S.4f) geprägt und den Kosovo-Konflikt letztlich als schlimme Konsequenz der Verwestlichung Deutschlands interpretiert. Sie führe jetzt dazu, daß wir Deutschen „Vasallen ohne Lohn“ seien: „Das ist unsere Form der Fellachisierung bzw. Selbst-Fellachisierung“. Hatte nicht die Neue intellektuelle Rechte aber immer schon vor der Verwestlichung und dem damit gepaarten Illusionismus bzw. vor den betrügerischen Absichten der Verfechter dieser Gedanken gewarnt? Bei allen Unterschieden in der Bewertung des Kosovo-Konflikts im einzelnen: Diese in der Frage sich ausdrückende Rechthabe-Position ist allen Neuen Rechten und Rechtsextremen gemeinsam.

5. Schlußbemerkungen: „Entfeindung“ als Notwendigkeit

Überblickt man zusammenfassend das Freund-Feind-Denken seit Bestehen der Bundesrepublik, dann legen sich einige Schlußfolgerungen nahe: Eine der gefährlichsten Konsequenzen des Freund-Feind-Denkens ist, daß es sein Gedankenmodell als Realität ausgibt, die sich allerdings nur dem „Veristen“, dem „Erkennenden“, als solche enthülle. Die in dieser Weise modellhaft vorgeformte Dichotomisierung der Welt verstellt jedoch vielfach den Blick auf die tatsächlichen Probleme und Risiken, vor denen wir heute stehen: Es kann schon längst nicht mehr darum gehen, möglichst homogene Nationalstaaten in einer globalen und multikulturellen Welt zu etablieren. Andererseits hindert uns ein derartig realitätsblindes Denken an der notwendigen zügigen Entwicklung von Strategien und Methoden, konfliktmindernd und konfliktausgleichend mit verfahrenen Situationen wie denen im Balkan umzugehen. Bei solchen Situationen hilft sicherlich kein Freund-Feind-Denken, vielleicht aber der Versuch, wo und wie immer möglich, „Entfeindung“ (Pinchas Lapide) voranzubringen. Hier könnte auch die Chance einer Zivilgesellschaft liegen. Sie kann beispielsweise durch praktische Hilfe von NGO's (Nicht-Regierungs-Organisationen) Menschen vor Ort (wieder) näherbringen, die sich oft genug auch durch nationalistisches Feind-Denken auseinanderdividiert haben oder sich auseinanderdividieren ließen. Aber auch in Deutschland könnten durch den jetzt begonnenen, längst fälligen Abschied von einem irrealen ius-sanguinis-Staatsbürgerrecht endlich die nötigen Integrationsschritte ausgearbeitet und eingeübt werden; sie werden nicht leicht fallen, aber sicherlich noch umso weniger leicht, je stärker Freund-Feind-Modelle in den Köpfen spuken. Dagegen läßt sich die Hoffnung setzen, daß uns die mittlerweile durchaus vorhandenen theoretischen und praktischen

Kenntnisse von Konfliktschlichtungsmöglichkeiten immer mehr in die Lage versetzen, überall dort langsam, geduldig, aber nachhaltig Erfolge zu erzielen, wo ein Freund-Feind-Denken nur gordische Knoten kennt.

Literaturliste:

- Dubiel, Helmut: Unversöhnlichkeit und Demokratie, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Was hält die Gesellschaft zusammen? Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1997, S. 425-444
- Feit, Margret: Die "Neue Rechte" in der Bundesrepublik. Frankfurt am Main/New York: Campus, 1987
- Geißler, Rainer: Das gefährliche Gerücht von der hohen Ausländerkriminalität. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (1995)B 35, S. 30-39
- Gessenharter, Wolfgang/Fröchling, Helmut (Hrsg.): Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland, Opladen: Leske+Budrich, 1998.
- Gessenharter, Wolfgang: Kippt die Republik? München: Knauer, 1994
- Gessenharter, Wolfgang: Neue radikale Rechte, intellektuelle Neue Rechte und Rechtsextremismus: Zur theoretischen und empirischen Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes, in: Gessenharter, Wolfgang/Fröchling, Helmut (Hrsg.): Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes? Opladen: Leske+Budrich 1998, S. 25-66
- Graw, Ansgar: Das utopische Zeitalter ist zu Ende. Karlheinz Weißmanns Kampfansage an die Meinungseliten, in: Mut, Okt. 1992, Nr. 302, S. 22-23
- Habermas, Jürgen: Bestialität und Humanität. Ein Krieg an der Grenze zwischen Recht und Moral, in: DIE ZEIT Nr. 18 v. 29.4.1999, S. 1ff
- Herbert, Ulrich: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989, Bonn: Dietz, ³1996
- Herrmann, Ludolf: Hitler, Bonn und die Wende, in: Die politische Meinung 28, Heft 209, Juli/August 1983, S.13-28
- Jaschke, Hans-Gerd: Streitbare Demokratie und innere Sicherheit, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1991
- Jaschke, Hans-Gerd: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1994
- Jesse, Eckhard: Streitbare Demokratie und politischer Extremismus von 1949-1999, in: Ellwein, Thomas/Holtmann, Everhard (Hrsg.): 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, Opladen: Westdeutscher, 1999 (=PVS-Sonderheft 30/99), S. 583-597
- Münch, Ursula: Asylpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklung und Alternativen, Opladen: Leske & Budrich, 1992
- Saage, Richard: Neokonservatives Denken in der Bundesrepublik, in: Fetscher, Iring (Hrsg.): Neokonservative und ‚Neue Rechte‘, München: Beck, 1983, S.66-116
- Sander, Hans-Dietrich: Der nationale Imperativ. Ideengänge und Werkstudie zur Wiederherstellung Deutschlands, Krefeld 1980
- Schmitt, Carl: Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien, Berlin: Duncker&Humblot, 1963
- Schönekas, Klaus: Bundesrepublik Deutschland. In: Greß, Franz/Jaschke, Hans-Gerd/Schönekas, Klaus: Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1990, S. 218-347
- Schwilk, Heimo: Wann definiert Deutschland seine Rolle in der Welt?, in: Welt am Sonntag v. 31.1.1993

Schwilk, Heimo: Rechte Demokraten (1996), wiederabgedr. in: Schacht, Ulrich/Schwilk, Heimo: Für eine Berliner Republik. Streitschriften, Reden, Essays nach 1989, München: Langen Müller 1997, S.211-225

Schwind, Hans-Dieter/Geißler, Rainer: Kommentar und Replik: „Ausländerkriminalität“ – gefährliches Gerücht oder gefährliche Verharmlosung? In: Aus Politik und Zeitgeschichte (1995)B 43, S. 32-39

Uhle-Wettler, Reinhard: Ein Wort zuvor, in:Weber, Joachim F. (Hrsg.): Armee im Kreuzfeuer, München: Universitas 1997, S.15-21

Weißmann, Karlheinz: Rückruf in die Geschichte, Berlin-Frankfurt: Ullstein, 1992

Weißmann, Karlheinz: Herausforderung und Entscheidung. Über einen politischen Verismus für Deutschland. In: Schwilk, Heimo/Schacht, Ulrich (Hrsg.): Die selbstbewußte Nation, Berlin/Frankfurt am Main: Ullstein, 1994; S. 309-326

Willms, Bernard: Idealismus und Nation. Zur Rekonstruktion des politischen Bewußtseins der Deutschen, Paderborn/München/Zürich 1986